

Verwaltungsabkommen

gemäß Artikel 44 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut (ZA NTS) über die Zusammenarbeit der deutschen Behörden und der Behörden der amerikanischen Truppen und des zivilen Gefolges bei der Beilegung von Streitigkeiten

1. Dieses Verwaltungsabkommen bezieht sich auf Streitigkeiten
 - a) aus Verträgen, die von den deutschen Behörden für Rechnung der Behörden der amerikanischen Truppe oder des zivilen Gefolges (im folgenden als „Truppe“ bezeichnet) geschlossen worden sind, einschließlich der Verträge, die von den deutschen Behörden auf Grund der deutsch-amerikanischen Verwaltungsabkommen über die Durchführung von Baumaßnahmen geschlossen worden sind;
 - b) aus Arbeitsverhältnissen, aus dem Betriebsvertretungsrecht und aus Sozialversicherungsverhältnissen der zivilen Arbeitskräfte der Truppe, es sei denn, daß die Beilegung der Streitigkeiten unter die „Vereinbarung über die Durchführung der Lohnstellenaufgaben für die bei European Exchange System (EES) beschäftigten Arbeitnehmer“ fällt;
 - c) nach Artikel 62 Abs. 1 Buchstabe c ZA NTS, d.h. auf Fälle, in denen Anforderungsverfahren zugunsten der Truppe nach deutschen Leistungsgesetzen durchgeführt worden sind, soweit es sich nicht um das Schutzbereichsgesetz und das Landbeschaffungsgesetz handelt;
 - d) aus Verträgen über Direktbeschaffungen der Truppe von Lieferungen oder sonstigen Leistungen, soweit die Verträge keine Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten enthalten und damit unter Artikel 3 Satz 2 des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen vom 3. August 1959 fallen.
 2. Zur Beilegung derartiger Streitigkeiten arbeiten die deutschen Behörden und die Behörden der Truppe ständig eng zusammen.

Ergeben sich zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe Meinungsverschiedenheiten, die auf der Ebene der nachgeordneten Dienststellen nicht beigelegt werden können, so wird zwischen Headquarters, United States Army, Europe, APO 09405, oder Headquarters, United States Air Forces in Europe, APO 09633, und der zuständigen obersten Bundesbehörde Einvernehmen erzielt. Die Regelung unter Nummer 4 Buchstabe d wird hierdurch nicht berührt.
 3. Unabhängig davon, ob ein gerichtliches Verfahren anhängig wird oder nicht, beenden die deutschen Behörden solche Streitigkeiten nur im Einvernehmen mit den Behörden der Truppe.
 4. Wenn als Folge solcher Streitigkeiten ein gerichtliches Verfahren gegen die Bundesrepublik an Stelle der Vereinigten Staaten eingeleitet wird, ist bei der Prozeßführung wie folgt zu verfahren:
 - a) Die zuständige Behörde der Truppe (d.h. Headquarters, United States Army, Europe APO 09403^{*)}, oder Headquarters United States Air Forces in Europe, APO 09633, oder eine von diesen benannte Dienststelle) wird unverzüglich über die Klageerhebung oder die Zustellung eines Zahlungsbefehls unterrichtet. Bei Verfahren vor Gerichten für Arbeitssachen und vor Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit ist diese Mitteilung an das Civilian Personnel Office des betreffenden Militärdistrikts oder der betreffenden Einrichtung der Luftstreitkräfte zu richten. Die zuständige Behörde der Truppe ist in allen wesentlichen Abschnitten des Verfahrens zu konsultieren.

Zu diesem Zweck erhält sie so bald wie möglich Abschriften der für den Rechtsstreit wesentlichen Schriftstücke, insbesondere der Klageschrift oder des Zahlungsbefehls, der Klagerwiderrung, der Rechtsmittelschriften, Rechtsmittelbegründungen und -erwidlungen, Streitverkündungen, gerichtlichen Entscheidungen, Beweisaufnahmeprotokolle, Vergleichsvorschläge und Vergleiche.
- b) Bei Abschluß von Vergleichen hat die deutsche Behörde den Widerruf innerhalb einer angemessenen Frist vorzubehalten und die Zustimmung der Behörde der Truppe einzuholen. Diese hat ihre Entscheidung der deutschen Behörde so rechtzeitig mitzuteilen, daß ein etwaiger Widerruf innerhalb der Widerrufungsfrist dem Gericht gegenüber erklärt werden kann.
 - c) Ergeht eine Entscheidung zugunsten des Prozeßgegners, so prüft die deutsche Behörde, ob ein Rechtsmittel zulässig ist und Aussicht auf Erfolg hat. Sie teilt ihre Auffassung unverzüglich der Behörde der Truppe unter Beifügung einer vollständigen Abschrift der Entscheidung und unter Angabe der für die Einlegung eines Rechtsmittels in Betracht kommenden Frist mit.
 - d) Die Entscheidung über die Einlegung eines Rechtsmittels wird von der deutschen Behörde und der Behörde der Truppe im gegenseitigen Einvernehmen getroffen. Wird ein Einvernehmen nicht erzielt, so wird die deutsche Behörde ein Rechtsmittel einlegen, wenn die oberste Behörde der Truppe ihr wesentliches Interesse daran bestätigt. Die Behörde der Truppe wird gegen die Einlegung eines Rechtsmittels keine Einwendungen erheben, wenn eine oberste Bundesbehörde ihr wesentliches Interesse daran bestätigt. Die Partei, die auf der Einlegung eines Rechtsmittels besteht, gibt der anderen Partei auf Ersuchen die Gründe hierfür bekannt.
5. Nummer 4 gilt entsprechend für gerichtliche Verfahren, die von der Bundesrepublik eingeleitet werden, mit der Maßgabe, daß die in Nummer 4 Buchstabe d aufgeführten Grundsätze auch auf die Klageerhebung anzuwenden sind.
 6. Die Nummern 4 und 5 gelten entsprechend für gerichtliche Verfahren zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Betriebsvertretungsrecht (Beschlußverfahren), an denen sich die Bundesrepublik im Namen der Truppe beteiligt.
 7. Alle Verpflichtungen oder Rechte, die gegen oder für die Bundesrepublik durch vollstreckbare Titel in gerichtlichen Verfahren, die sich aus den in Nummer 1 erwähnten Streitigkeiten ergeben, festgestellt werden, gehen zu Lasten der Vereinigten Staaten oder kommen ihnen zugute.
 8. Die Vereinigten Staaten tragen die den deutschen Behörden im Zusammenhang mit diesen Rechtsstreitigkeiten und den sich daraus ergebenden Vollstreckungsmaßnahmen entstandenen Aufwendungen einschließlich der Anwaltsvergütung, soweit sie als notwendige Kosten der Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung (§ 91 ZPO) gelten und sofern ihre Erstattung von dem Prozeßgegner nicht verlangt oder ihm gegenüber nicht durchgesetzt werden kann; im letzteren Fall ist der Kostenrechnung eine Erklärung beizufügen, in der bestätigt wird, daß die Bemühungen zur Beitreibung erfolglos geblieben sind.
 9. Kosten, die nicht zu den notwendigen Kosten der Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung zählen, gehen zu Lasten der Vereinigten Staaten, wenn vor ihrer Entstehung die Zustimmung der zuständigen Behörde der Truppe eingeholt worden ist.
 10. Sofern die Behörde der Truppe gegen die Erhebung einer Klage oder die Einlegung eines Rechtsmittels nur deshalb keine Einwendungen erhebt, weil eine oberste Bundesbehörde ihr wesentliches Interesse daran bestätigt hat, und auf Grund der Klage oder des Rechtsmittels in dem gerichtlichen Verfahren Mehraufwendungen erwachsen, werden diese Mehraufwendungen von der Bundesrepublik Deutschland getragen, es sei denn, daß für den betreffenden Fall etwas anderes vereinbart wird.
 11. Die Vereinigten Staaten sind nicht zur Erstattung von Prozeßkosten verpflichtet, soweit diese Kosten nachweislich infolge von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit der im Prozeß für die Bundesrepublik handelnden Bediensteten bei der Prozeßführung entstanden sind.
 12. Die von der Bundesrepublik auf Grund vollstreckbarer Titel an den Prozeßgegner zu zahlenden Beträge und die von den Vereinigten Staaten zu erstattenden Prozeßkosten fordert die deutsche Behörde spätestens 3 Monate nach Abschluß des gerichtlichen Verfahrens bei der zuständigen Behörde der Truppe an. Der Anforderung sind Belege beizufügen.

^{*)} Es soll folgende Anschrift verwendet werden:
Foreign Litigation Division Office of the Judge Advocate Headquarters,
US Army Europe and Seventh Army, 69 Heidelberg, Roemerstraße 166.

Die zuständige Behörde der Truppe zahlt den angeforderten Betrag innerhalb eines Monats nach Empfang der Belege. Auf vorläufig vollstreckbare Urteile wird Zahlung angefordert und geleistet, wenn der Prozeßgegner sofortige Zahlung verlangt und eine Vollstreckung anderweitig nicht verhindert werden kann. Soweit in diesen Fällen die Entscheidung, durch die die Bundesrepublik zur Zahlung verpflichtet worden ist, später aufgehoben wird, unternimmt die Bundesrepublik alle erforderlichen Schritte, um die gezahlten Beträge zurückzuerhalten; die wiedererlangten Beträge werden der Truppe gutgebracht.

13. Wenn der Prozeßgegner zu Zahlungen auf Grund eines vollstreckbaren Titels verpflichtet ist und innerhalb einer angemessenen Frist nicht freiwillig leistet, betreibt die deutsche Behörde die Vollstreckung aus dem Titel. Die eingezogenen Beträge werden mit den Beträgen verrechnet, die der Bundesrepublik in Zusammenhang mit demselben Rechtsstreit zu erstatten sind, und werden im übrigen der Truppe überwiesen.

Bei der Anwendung des vorstehenden Verwaltungsabkommens sollen vereinbarungsgemäß folgende Grundsätze beachtet werden:

1. Soll die Bundesrepublik in Rechtsstreitigkeiten durch einen Anwalt vertreten werden, so obliegt die Auswahl des Anwalts der deutschen Behörde. In besonders gelagerten Fällen kann die zuständige Behörde der Truppe die Beauftragung eines bestimmten Anwalts, den sie in dem Einzelfall wegen seiner speziellen Kenntnisse für besonders geeignet hält, empfehlen. Die deutsche Behörde wird diese Empfehlung berücksichtigen. Hat sie Bedenken gegen die Beauftragung des empfohlenen Anwalts, teilt sie ihre Bedenken der Behörde der Truppe mit. Bleiben insoweit Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Behörde und der Behörde der Truppe bestehen, so wird gemäß Nummer 2 Abs. 2 des

Verwaltungsabkommens verfahren, soweit nicht — wie in Bauangelegenheiten — auf Grund besonderer Vereinbarungen die Zusammenarbeit in Rechtsstreitigkeiten ohnehin zwischen der zuständigen obersten Bundesbehörde und der zuständigen Behörde der Truppe stattfindet.

2. Wünscht die Behörde der Truppe, daß bestimmte Angriffs- oder Verteidigungsmittel vorgebracht werden, so wird die deutsche Behörde diesen Wunsch berücksichtigen. Hat die deutsche Behörde Bedenken dagegen, die von der Behörde der Truppe vorgeschlagenen Angriffs- oder Verteidigungsmittel vorzubringen, so teilt sie ihre Bedenken der Behörde der Truppe mit. Bleiben Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Behörde und der Behörde der Truppe bestehen, so wird auch in diesem Fall gemäß Nummer 2 Abs. 2 des Verwaltungsabkommens verfahren, soweit nicht — wie in Bauangelegenheiten — auf Grund besonderer Vereinbarungen die Zusammenarbeit in Rechtsstreitigkeiten ohnehin zwischen der zuständigen obersten Bundesbehörde und der zuständigen Behörde der Truppe stattfindet.
3. Durch Nummer 7 des Verwaltungsabkommens wird die in den deutsch-amerikanischen Auftragsbauten-Grundsätzen vereinbarte Regelung nicht berührt, nach der Kosten insoweit nicht zu Lasten der Vereinigten Staaten gehen, als sie nachweislich durch ein schuldhaftes Verhalten von Bediensteten der deutschen Baubehörden oder sonstigen von diesen beschäftigten Personen entstanden sind.
4. Entsteht den Vereinigten Staaten durch ein schuldhaftes Verhalten des von der deutschen Behörde beauftragten Anwalts ein Schaden, so unternimmt die Bundesrepublik im Interesse der Vereinigten Staaten alle erforderlichen Schritte, um den entstandenen Schaden ersetzt zu erhalten. Die gezahlten Beträge werden den US-Streitkräften gutgebracht.